

Im Eifer der Staatsräson

ESSAY 75 Jahre nach der Gründung geht die größte Gefahr für Israels Sicherheit von seiner eigenen rechtsnationalistischen Regierung aus. Es ist auch für die deutsche Politik höchste Zeit, Israel nicht mehr nur als Symbol zu behandeln, sondern als realen Staat. *Von Meron Mendel*



W. Krumm / picture alliance / dpa

Mendel, Jahrgang 1976, wuchs in Israel auf und lebt seit 2001 in Deutschland. Er ist Professor für transnationale Soziale Arbeit und Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Sein neues Buch »Über Israel reden. Eine deutsche Debatte« (Kiepenheuer & Witsch) wurde für den Deutschen Sachbuchpreis 2023 nominiert.

Kampfbjets donnern über Jerusalem hinweg. Einer davon: der Eurofighter EagleStar 2 der deutschen Luftwaffe, Seite an Seite mit israelischen Flugzeugen. Als »Geschenk an das israelische Volk und beeindruckendes Symbol unserer deutsch-israelischen Freundschaft« bezeichnete der deutsche Botschafter Steffen Seibert in einem Tweet diese Demonstration militärischer Stärke anlässlich des 75. Nationalfeiertags am 26. April. Nur über den besetzten palästinensischen Gebieten wickelt Deutschland kurz von Israels Seite – bis zum Bruch von Völkerrecht reicht die zur deutschen Staatsräson erhobene Verpflichtung für Israels Sicherheit dann doch nicht.

Als Benjamin Netanyahu im März zum offiziellen Besuch nach Deutschland reiste, sammelten sich auch vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv israelische Protestierende und überreichten Angela Merksels früherem Sprecher Seibert ihre Forderung, den israelischen Regierungschef auszuladen. Spätestens jetzt, da in Jerusalem Rechtsextremisten mitregieren, stellt Merksels politische Erbe eine erhebliche Herausforderung für Deutschlands Beziehung zu Israel dar. Denn Merksels Ära waren goldene Jahre für Israel in der deutschen Politik. Kein Bundeskanzler vor ihr war so oft in Israel: achtmal und damit sogar doppelt so oft wie alle ihre Vorgänger seit Gründung der Bundesrepublik zusammen. Zwei Jahre nach Merksels Amtsantritt starteten die regelmäßig abgehaltenen Regierungskonsultationen, um »die einzigartigen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland politisch zu festigen«. Es ist ihr ebenfalls zu verdanken (oder anzulasten), dass die manifestierte Loyalität zu Israel zum parteiübergreifenden Konsens wurde, wie beispielsweise die von gro-

ßen Teilen aller Fraktionen mitgetragene BDS-Resolution des Deutschen Bundestags von 2019 zeigt.

Gibt man das Schlagwort »Israel« im Dokumentations- und Informationssystem des Bundestags ein, taucht es von 1949 bis 2005 etwa 70- bis 450-mal pro Legislaturperiode auf. Gleich in Merksels erster Amtszeit wird Israel 863-mal, also mehr als doppelt so oft in Gesetzen, Anträgen, Fragen an die Regierung und Reden im Plenum erwähnt – in ihrer letzten Amtszeit (2017 bis 2021) sogar 2138-mal.

Wenn nächstes Jahr Merksels politische Memoiren erscheinen, werden die Leser vielleicht erfahren, ob es ein Zufall ist, dass gerade die in der israelfeindlichen DDR sozialisierte Bundeskanzlerin die Freundschaft zu Israel mehr als jeder ihrer Vorgänger zum Eckpfeiler ihrer Außenpolitik gemacht hat. Im Zentrum von Merksels Verständnis der deutschen Beziehung zu Israel stand die Selbstverpflichtung zur Sicherheit des Landes als Teil der deutschen Staatsräson. So hatte sie es schon 2007 vor den Vereinten Nationen verkündet, geschichtsträchtig war jedoch ihre Rede am 18. März 2008 vor der Knesset in Jerusalem. In dieser Rede bezog sich Merkel auf »jede Bundesregierung und jeden Bundeskanzler vor mir«, die der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet gewesen seien, um dann Israels Sicherheit zum »Teil der Staatsräson meines Landes« zu erklären. Dies dürften, so Merkel weiter, »in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben«.

Dass diese Formulierung keinesfalls eine Fortsetzung der Israelpolitik aller Bundeskanzler vor Merkel war, stellte Altbundeskanzler Helmut Schmidt klar. Für Israels Sicherheit mitverantwortlich zu sein

sei eine »gefühlsmäßig verständliche, aber törichte Auffassung, die sehr ernsthafte Konsequenzen haben könnte«, so Schmidt. Auch der damalige Bundespräsident Joachim Gauck äußerte 2012 bei einem Staatsbesuch in Jerusalem Vorbehalte gegenüber Merksels Worten: »Ich will mir nicht jedes Szenario ausdenken, welches die Bundeskanzlerin in enorme Schwierigkeiten bringen könnte mit ihrem Satz.« Ungeachtet dieser Bedenken darf Merksels Postulat seither in kaum einem offiziellen Dokument, einer Rede oder Stellungnahme zu Israel fehlen.

Dabei beruht das Konzept der Staatsräson auf einem vordemokratischen Gedanken: Staatsräson, am prominentesten beschrieben durch den florentinischen Staatsdenker Niccolò Machiavelli, bedeutet ursprünglich, dass ein Staat seine (Macht-)Interessen durchsetzen darf und soll, selbst wenn dies die Verletzung von Rechten einzelner Bürger beinhaltet oder den Bruch von Gesetzen, da das Staatswohl wichtiger sei als das Wohl des Einzelnen. Damit steht die Staatsräson eigentlich dem Rechtsstaat entgegen. Da das Grundgesetz die Wahrung der Menschenwürde und die Grundrechte garantiert, war in bundespolitischem Zusammenhang lange nicht von einer Staatsräson die Rede. Warum griff Angela Merkel wohl ausgerechnet auf dieses Konzept zurück, um die Verbundenheit zu Israel zum Ausdruck zu bringen?

Eine nähere Betrachtung bietet dafür Erklärungen an. Merkel reagierte auf die Tatsache, dass eine Verbundenheit mit Israel in der Gesellschaft nie fest verankert war, indem sie eine Verpflichtung zum Land praktisch staatlich verordnete. Während die Bedeutung Israels im politischen Diskurs der Bundesrepublik über die Jahre wuchs, blieb das Interesse der deutschen Gesellschaft für das reale Israel – für seine Geschichte und Menschen – überschaubar. Als Deutsche in Langzeitumfragen des Allensbach-Instituts seit Anfang der Fünfzigerjahre danach befragt wurden, mit welchen Ländern Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte, landete Israel fast immer auf dem letzten oder vorletzten Platz. Trotz zahlreicher staatlich geförderter Jugendaustauschprojekte und Bildungsreisen sind nur sieben Prozent der Deutschen tatsächlich schon mal dort gewesen, so eine Studie der

Bertelsmann Stiftung von 2022. Die Freundschaft zu Israel blieb also ein Projekt eines gehobenen politischen und kulturellen Milieus, jenseits des Interesses der breiten Gesellschaft.

Zugleich diente Israel der deutschen Politik und Öffentlichkeit als Projektionsfläche. Die Unterstützung Israels wurde zum Symbol des demokratischen, toleranten und liberalen Selbstverständnisses, zum inzwischen wichtigsten Teil des deutschen Projekts der »Vergangenheitsbewältigung«. Mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Kriegs nahm das Beschwören der deutsch-israelischen Freundschaft eine immer größere Rolle in der deutschen Außenpolitik ein. Sie galt nicht zuletzt auch als Beweis der moralischen Überlegenheit der Bundesrepublik gegenüber der antiisraelischen DDR. Nachdem der Feind nicht mehr auf der anderen Seite der Berliner Mauer stand, wurde diese Selbstvergewisserung, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen, umso wichtiger.

Wenn aktuell in Deutschland über Israel gestritten wird, geht es weniger um Israel selbst. Vielmehr erleben wir, dass sowohl die Freundschaft als auch die Feindschaft gegenüber dem jüdischen Staat der moralischen Selbstvergewisserung dient. So findet man ganz vorn unter den Freunden Israels die AfD, die damit die Ausgrenzung von Migranten legitimieren will. Als im Mai 2021 der Konflikt zwischen Israel und Gaza eskalierte, verkündete der damalige Parteichef Jörg Meuthen seine »unverbrüchliche

Es ist falsch, wenn die Diskussion über die palästinensischen Positionen nur unter dem Aspekt Antisemitismus verhandelt wird.

Deutscher Eurofighter und israelischer F-16-Kampffjet bei Flugshow über Tel Aviv am 26. April anlässlich des 75. Jahrestags der Staatsgründung Israels

Solidarität« mit Israel, während seine Parteigenossin Beatrix von Storch über den importierten Judenhass aus dem Nahen Osten raunte.

Auch unter den Kritikern Israels sind unschwer solche zu finden, die damit einen Umweg für antisemitische Ressentiments finden. Erinnerung sei an den 2003 verunglückten FDP-Spitzenpolitiker Jürgen Möllemann, der fünf Tage vor der Bundestagswahl 2002 acht Millionen Flugblätter verschicken ließ, auf denen der israelische Premier Ariel Sharon abgebildet war. Oder an den Literaturnobelpreisträger Günter Grass, der 2012 in einem »Gedicht« von Israel als Gefahr für den Weltfrieden schwadronierte.

Selbst wenn es uns nicht gefällt, sind solche Formen der Instrumentalisierung von der Meinungsfreiheit geschützt. Diese basale Erkenntnis haben alle Fraktionen des Bundestags außer Acht gelassen, als sie 2019 für die BDS-Resolution gestimmt haben. So rief der Bundestag mit Verweis auf die Staatsräson dazu auf, keine Organisationen oder Personen zu fördern, die die israelfeindliche Boykottkampagne BDS unterstützen. Seitdem urteilten mehrere Gerichte bis hoch zum Bundesverwaltungsgericht gegen die Umsetzung des BDS-Beschlusses in verschiedenen Städten. Erst kürzlich wurde die Entscheidung der Stadt Frankfurt vom Gericht kassiert, ein Konzert des Pink-Floyd-Gründers Roger Waters wegen dessen BDS-Unterstützung abzusagen.

Im Eifer des Kampfs für die Staatsräson vergessen deutsche Politiker zudem gerne mal, dass Israel nicht nur ein Symbol ist. Israel ist ein realer Staat, der seit mehr als fünf Jahrzehnten die palästinensischen Gebiete im Westjordanland und Ostjerusalem besetzt. Vergessen wird auch, dass etwa 200.000 Palästinenser in Deutschland leben. Dass viele von ihnen Hass gegen Israel verspüren, ist unangenehm, aber mit etwas Empathie verständlich. Gewiss wünschen sich viele Palästinenser einen wirklichen Boykott der israelischen Besatzungsmacht. Es stellt sich damit auch die grundsätzliche Frage, wie die (deutsche) Öffentlichkeit mit diesen Stimmen umgeht – so einseitig sie auch sein mögen. Es ist falsch, wenn die Diskussion darüber, welche der vielen palästinensischen Positionen legitim und bedenkenswert sind, fast ausschließlich unter dem Aspekt Antisemitismus und der deutschen Verbundenheit zu Israel verhandelt wird.

Fünfzehn Jahre nach Angela Merkels Rede vor der Knesset kann und muss das Postulat der Staatsräson kritisch hinterfragt werden. Mit Blick in die Geschichte mag die Selbstverpflichtung für Israels Sicherheit moralisch nachvollziehbar sein. Ausgespart wurde von Merkel und weiteren deutschen Amtsträgern seitdem jedoch die Frage, was Israel tun oder unterlassen sollte, damit diese Garantie in Zukunft bestehen kann. Das Versprechen wurde nicht an Bedingungen geknüpft, etwa an das Fortbestehen der israelischen Demokratie. Im Jahr 2008 schien es vermutlich nicht vorstellbar, dass Israels Demokratie so fragil ist, wie sie sich heute zeigt.

Aktuell geht die Gefahr für die Sicherheit Israels nicht nur von den arabischen Nachbarländern oder Iran aus – sondern an erster Stelle von der eigenen ultranationalistischen und religiös-fundamentalistischen Regierung, in der mit dem Minister für »nationale Sicherheit«, Itamar Ben-Gvir, ein vorbestrafter jüdischer Rechtsextremist den Ton angibt.

Als Benjamin Netanyahu im März nach Berlin kam, durfte in der Ansprache von Bundeskanzler Olaf Scholz das Bekenntnis zur deutschen Staatsräson natürlich nicht fehlen. Es mag eine Ironie der Geschichte sein, dass die derzeit größte Bedrohung für Israels Sicherheit in diesem Moment direkt neben dem Bundeskanzler stand. ■



Christian Timmig / Bundeswehr